

DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. viertelj. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensvert. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang Hamburg, 12. Dezember 1931 Nummer 50

Die erste Sitzung unseres Verbandsbeirates am 28. November 1931 in Hamburg

Früher als allgemein nach unsern Verbandstagen üblich, fühlte sich der Vorstand veranlaßt, den erst nach der Breslauer Generalversammlung gewählten Verbandsbeirat zu seiner ersten Sitzung zusammenzurufen. Die noch immer an Schärfe zunehmende Wirtschaftskrise und die daraus für unsern Verband resultierenden Maßnahmen organisatorischer und verwaltungstechnischer Art waren die Ursachen. Von dem vollständig erschienenen Beirat wurde nach den Begrüßungsworten des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Baz, die Tagesordnung angenommen, die 1. den Bericht des Vorstandes über den gegenwärtigen Stand der Organisation und 2. organisatorische und Verwaltungsmaßnahmen enthielt.

Einleitend umriß Kollege Baz in kurzen Strichen das Aufgabengebiet des Beirats, zu dessen erfolgreicher Arbeit verständnisvolles Zusammenwirken aller Mitglieder vorausgesetzt werden muß. Mit ehrenden Worten gedachte Kollege Baz sodann der Kollegen Mark, Buch und Suß, die in den Ruhestand getreten, nicht mehr aktive Mitglieder des Beirats sein können, nachdem sie ein Menschenalter darin zum Segen der Organisation gewirkt haben. (Die Kollegen Mark und Buch haben noch an der Beiratsitzung teilgenommen.) Einen Nachruf widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Landtagspräsidenten Friedrich Bartels, der bis in die letzte Zeit für unsere Organisation starkes Interesse gezeigt habe. Sein Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referierte der Vorsitzende, Kollege Baz. Ausgehend von der ungeheuren Weltkrise, dem Zusammenbruch der Banken und Konzerne, die schon bald zur Selbstverständlichkeit geworden seien, untersuchte er, wie aus diesen Verhältnissen herauszukommen sei. Die schlechte Wirtschaftslage habe die Gewerkschaften stark an der Abwehrbewegung gegen den Lohnabbau behindert. Die erste Abbauwelle ist im Herbst 1930 erfolgt, die zweite im Juni 1931. Die dritte im Herbst 1931; aber auch das Frühjahr 1932 wird aller Voraussicht nach den Versuch zu weiterem Lohnabbau bringen. Die Arbeitgeber möchten die Löhne bis auf das Lohnniveau von 1925, ja zum Teil auf die Höhe der Vorkriegszeit senken. Sie begründen ihre Forderung mit der Notwendigkeit, Waren ausführen zu können. Daß das jetzt schon möglich ist, zeigt aber die aktive Handelsbilanz. Im übrigen aber würden die Einfuhrländer für deutsche Waren dem Beispiel der deutschen Unternehmer folgen. Auch die Erleichterung der Zollmauern spiele dabei, wie Beispiele beweisen, eine große Rolle.

Die Unternehmer streben eine Lockerung der Tarifverträge beziehungsweise der Löhne an und möchten vor allem das Schlichtungswesen beseitigen. Die Regierung Brüning hat zwar versucht, durch die Berufung eines Wirtschaftsbeirats zum Ziele zu kommen. Wie schon in der letzten Nummer des „Maler“ berichtet wurde, kam ein praktisches Ergebnis nicht zustande. Anfang Dezember wird voraussichtlich eine neue Notverordnung herauskommen. Auch unsere Arbeitgeber wandeln auf den Wegen der Schatzmacher, wie übrigens auch die des gesamten Baugewerbes. Am 27. und 28. Oktober tagte der Vorstandsrat beziehungsweise der Hauptauschuß des Reichsbundes des Deutschen Maler- und Lackierergewerks. In beiden Sitzungen wurden auch Lohnfragen besprochen und an uns das Ansinnen gestellt, einer zwischentariflichen Regelung zuzustimmen. Wir haben das selbstverständlich mit aller Schärfe zurückgewiesen. Es ist unmöglich, den Arbeitgebern auf diesem Wege zu folgen.

Kollege Baz beschäftigte sich dann mit der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe, die nach unsern Erhebungen im Oktober bereits 79,4 % betrug und inzwischen eine weitere Steigerung erfahren hat. Selbst in den besten Sommermonaten, im Mai und Juni, ist die Arbeitslosigkeit nicht unter 55 % gesunken. Angesichts dieses katastrophalen Auftragsmangels für das Malergewerbe ist die für das Jahr 1932 zu erwartende weitere Einschränkung

des Baumarktes eine neue schwere Belastung. 1928 und 1929 wurde noch für rund 9 Milliarden Mark gebaut, 1931 nur noch für die Hälfte. Auch die Privataufträge gehen immer weiter zurück. Weiter trägt dazu die falsche Handelspolitik weiter Kreise, teils auch der Regierung bei, was aus einem Erlaß des Reichsministers Treviranus hervorgeht.

Die Mitgliederbewegung entspricht der allgemeinen Entwicklung. Die eingetretenen Verluste sind bedauerlich, halten sich aber in einem erträglichen Rahmen. Der Rückgang in der Jugendabteilung ist in gleicher Weise erfolgt, ohne allerdings in Anbetracht der erheblichen Neuaufnahmen gerechtfertigt zu erscheinen. Es sei in diesem Zusammenhang gesagt, daß der Gesamtverlust der deutschen Gewerkschaften aber keineswegs so groß ist, wie er draußen immer hingestellt wird. Im Verhältnis zu der Schwere der Krise haben im Gegenteil die Gewerkschaften ihren Mitgliederbestand außerordentlich gut halten können.

Der großen Arbeitslosigkeit entsprechend, mußten in den letzten Jahren ungeheure Summen für Unterstüßungen ausgegeben werden. Von 1924 bis 1931 rund 3 1/2 Millionen Mark. 48 % der Beiträge gingen 1930 wieder an die Mitglieder als Unterstüßungen zurück. — Ganz wie vorauszu sehen, ist die Zahl der unterstüßungsberechtigten Invaliden ständig gestiegen. Ende 1930 hatten wir 359 Invaliden, im November 1931 bereits 443. Einem Abgang von 32 stand ein Zugang von 116 gegenüber. Von den Invaliden sind 5 über 80 Jahre und 22 waren 70 bis 80 Jahre alt. Die Verhältnisse, zu denen Kollege Ringel noch sprechen wird, lassen sich an Hand der Vierteljahrsabrechnungen verfolgen.

Es ist eine Eingabe von uns wegen Arbeitsbeschaffung herausgegeben, die guten Anklang gefunden hat. Für die Lehrlingshaltung ist zu prüfen, ob wir nicht verlangen müssen, daß für einige Jahre keine Lehrlinge eingestellt werden dürfen. Schon jetzt müssen viele Lehrlinge frühzeitig, das heißt vielleicht ein halbes Jahr früher als die Lehrzeit beendet ist, entlassen werden. Auch die Entschädigungsfälle werden oftmals, teils durch die Handwerkskammern, herabgesetzt. — Zum Schluß ging Kollege Baz noch ausführlich ein auf die Bildungsbestrebungen des Verbandes, die in Anbetracht der Notlage gleichfalls eingeschränkt werden mußten. Trotz der angespannten Verhältnisse liegt aber kein Anlaß zur Mutlosigkeit vor. Es gilt, die Agitation, zu deren Unterstüßung im Laufe des Jahres vom Verbandsvorstand drei Flugblätter herausgegeben wurden, unbeirrt und intensiv weiterzubetreiben, um bei ansteigender Konjunktur eine schlagkräftige Organisation zu haben.

In der sehr lebhaften und gründlichen Aussprache fand die bisher vom Vorstand ausgeübte Tätigkeit vollste Anerkennung. Die Notwendigkeit der stärksten Aktivierung der Kollegenschaft wurde besonders betont und an Beispielen aus der praktischen Organisationsstätigkeit gezeigt, wie trotz der Schwere der Zeit für die Kollegenschaft segensreich gewirkt werden kann. Das arbeiterschützende Erbe der RGO. und RPO. fand schärfste Verurteilung. Da die RGO. dem Unternehmertum sehr wertvolle Hilfsdienste im Kampfe gegen die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft leistet, findet sie hier und da sogar bei den Unternehmern Anerkennung und Gegenliebe. Die sehr einseitige Bevorzugung des Kleinmeistertums, wie sie in dem Erlaß des Reichsministers Treviranus gewünscht wird, fand allgemeinen Widerspruch, da mit solchen Methoden die Gehilfenschaft überhaupt vom Arbeitsmarkt ausgeschaltet würden. Mit der gleichen Entschiedenheit wurde von allen Rednern das Ansinnen des Reichsbundes nach vorzeitigen Lohnverhandlungen abgelehnt und nach einem Schlußwort des Kollegen Baz folgende beiden Resolutionen einstimmig angenommen:

Entschliebung gegen den Erlaß der Reichsregierung.

Der Verbandsbeirat protestiert gegen die einseitige Politik der Reichsregierung zugunsten der Handwerksmeister, wie sie in dem Erlaß des Herrn Ministers Treviranus an die Hauptverwaltung der Reichsbahn zum Ausdruck kommt. Es muß vielmehr Aufgabe der

Behörden sein, die anfallenden Aufträge so zu verteilen, daß Betriebe, die Gehilfen beschäftigen, dabei in genügender Weise berücksichtigt werden. Eine Bevorzugung der Kleinbetriebe liegt weder im Interesse des Handwerks, noch ist dadurch die Gewähr für einwandfreie Arbeit gegeben. Sie fördert vielmehr die Lehrlingszüchterei und bedeutet für einen großen Teil der Gehilfen die Verewigung der Arbeitslosigkeit.

Entschliebung zum Arbeitsmarkt und zur Lohnpolitik.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Maler-, Tüncher- und Lackierergewerbe nimmt immer bedenklichere Formen an. Die Folge davon ist eine Unsicherheit der Existenz für die Gehilfenschaft, wie sie wohl kaum jemals in diesem Ausmaße zu verzeichnen war. Diese Entwicklung hat ihren wesentlichen Grund in der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Gesamtlage. Hinzu kommt eine starke Ueberfüllung des Gewerbes mit Meistern, Gehilfen und Lehrlingen, die im schärfsten Gegensatz steht zu den Strukturveränderungen beziehungsweise der Verarmung großer Teile der Bevölkerung und den veränderten Lebensformen weiter Kreise der zahlungsfähigen Auftraggeber. Der Verbandsbeirat ist der Meinung, daß eine weitere Lohnsenkung im Malergewerbe das Uebel nur noch verschärfen würde. Er weist daher das Ansinnen des Reichsbundes für das deutsche Maler- und Lackierergewerbe, sofort in Verhandlungen auf Abschluß eines neuen Lohnabkommens einzutreten, mit dem Ziel einer Herabsetzung der Löhne beziehungsweise der Festsetzung von Sommer- und Winterlöhnen, mit aller Entschiedenheit zurück. Nicht Lohnabbau, sondern wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit auch im Sommer und eine weitgehende Einschränkung bei der Einstellung von Lehrlingen können das Gewerbe vor dem völligen Erliegen bewahren.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung nahm der Kollege Baz das Wort, um einleitend die bereits durchgeführten und noch beschlossenen Sparmaßnahmen zu erläutern. Der Vorstand hat sich schon seit längerem mit Sparmaßnahmen beschäftigt. Die Angestellten haben sich bereit erklärt ein weiteres Notopfer auf sich zu nehmen, indem sie auf 10 % ihres Gehalts verzichteten. Auch sollen beim „Maler“ und auch bei der „Malerjugend“ Ersparungen gemacht werden. Die Diätenfrage für unsere Tagungen sind ebenfalls heruntergesetzt worden, und zwar für alle Funktionäre. Leider haben wir einige weibliche Hilfskräfte zur Entlastung bringen müssen. Auf der gleichen Linie liegt die Tatsache, daß Kollege Ruth nach Austritt des Kollegen Suß den 6. Bezirk mit übernahm. In Berlin wurde für den ausgeschiedenen Geschäftsführer ein Ersatz nicht eingestellt. Nach Düsseldorf wurde der Kollege Polenz, der früher Angestellter in Gotha war, versetzt. Die frühere Filiale Gotha wurde der Filiale Erfurt als Zahlstelle angegliedert. Einige hauptamtlich angestellte Beitragstaxierer sowie die weiblichen Angestellten mehrerer Filialen wurden ebenfalls vorläufig abgebaut. Diese Maßnahmen sind nur unter dem Zwange der Verhältnisse erfolgt. Wir hoffen, daß wir in absehbarer Zeit den alten Zustand wieder herstellen können.

Der Haupttaxierer, Kollege Ringel, gab sodann einen Ueberblick über die Verhältnisse des Verbandes, um so den Mitgliedern des Beirats eine Grundlage zur Beurteilung der Absicht des Vorstandes, zu Weihnachten eine Sonderunterstützung an ausgesteuerte Mitglieder auszuführen, zu geben. Der Zwang zur Sparsamkeit, so sagte Kollege Ringel, ergibt sich am überzeugendsten aus der Tatsache, daß die Hauptkasse in den drei Quartalen schon eine Mehrausgabe von 160 000 M aufzuweisen hat. Im Jahre 1929 hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 1 975 000 M. 1931 werden es rund 950 000 M sein. Aber dennoch hat sich der Hauptvorstand der Notwendigkeit nicht verschließen können, trotz der angespannten Verhältnisse eine Sonderunterstützung, wenn auch in bescheidenerem Umfang wie im Vorjahre, zu empfehlen.

Nachdem Kollege Baz noch die Anträge einiger Filialen bekanntgegeben, die Beitragsbefreiung für solche arbeitslosen Kollegen forderten, die entweder nur Wohlfahrts- oder gar keine Unterstützung erhalten, wurde in die Aussprache eingetreten. Mit außerordentlichem Bedauern wurden die leider notwendigen Sparmaß-

nahmen als zweckentsprechend anerkannt, aber gewünscht, daß bei Besserung der Verhältnisse die Sparmaßnahmen nach Möglichkeit rückgängig gemacht werden. Nach langer Debatte wurde die Vorlage des Vorstandes unverändert und einstimmig angenommen. Eine Neuregelung der Beiträge der Erwerbslosen glaubt der Beirat, den sich daraus ergebenden Konsequenzen wegen nicht befürworten zu können. Die diesbezüglichen Anträge einiger Filialen verfielen somit der Ablehnung.

Nachdem noch einige andere organisatorische Angelegenheiten erledigt wurden, nahm Kollege Bag das Schlußwort. Das Ergebnis der Aussprache kurz zusammenfassend, bedauerte er, den antragstellenden Filialen nicht entgegenkommen zu können, da eine allgemeine Regelung dieser Art nicht angängig erscheint. Sodann dankte er den Beiratsmitgliedern für das hohe Verantwortungsbewußtsein, das in der Beratung gezeigt wurde, und das für die weiteren Tagungen des Beirats beste Erfolge für die Organisation erwarten lasse. Wenn auch aus Ersparnisgründen für die Beratungen des Beirats nur ein Tag vorgesehen war, so ist doch in dieser kurzen, aber sehr arbeitsreichen Zeit für die Kollegenchaft eine sehr wertvolle Arbeit geleistet worden, die draußen sicherlich Anerkennung finden wird. Mit dem Wunsche auf eine gute Heimreise schloß Kollege Bag sodann die erste Tagung des Verbandsbeirats.

Arbeiterchaft und Demokratie

Die Demokratie ist die Staatsform, die jedermann, sofern er nicht zu den politisch oder gesellschaftlich Bevorrechtigten gehört oder als deren Schützling Vorteil aus ihrer Herrschaft zieht, vernünftigerweise im eigenen Interesse wünschen muß. Politik treiben heißt, wie wir wissen, eine auf das Gemeinwesen gerichtete Tätigkeit entfalten. Zur Entfaltung einer solchen Tätigkeit wird aber der ungeheuren Mehrzahl der Bevölkerung erst durch die Demokratie die Möglichkeit gegeben. In der absoluten Monarchie kann sich der Untertan wohl vor dem Wagen des Herrschers, der den Staatswillen repräsentiert, in den Staub werfen, um dem Gebieter eine Bittschrift zu überreichen; findet er die Majestät in gnädiger Laune, darf er vielleicht hoffen, gehört zu werden. In der Demokratie kämpft der Staatsbürger für seine Ueberzeugungen und Forderungen in den Versammlungen, die er besucht, durch die Zeitungen, die er liest oder für die er schreibt, durch die Organisationen, denen er angehört, durch die Wahlen und Volksabstimmungen, an denen er teilnimmt. Die Möglichkeit, durch seinen Einzelwillen entscheidend auf die Bildung des Staatswillens einzuwirken, wächst für den einzelnen Staatsbürger in dem Maße, als die Hemmnisse seiner politischen Kraftentfaltung, monarchische oder oligarchische Einrichtungen beseitigt werden. Für die ungeheure Mehrzahl der Menschen heißt daher Politik treiben wollen, vernünftigerweise schon an und für sich zunächst einmal die Demokratie wollen.

Demokratisch nennen wir eine Staatsverfassung, die so eingerichtet ist, daß kein in der Person liegender Umstand für den einzelnen ein Rechtshindernis ist, an der Bildung des Staatswillens teilzunehmen, und daß die Teilnahme des einzelnen an der Bildung des Staatswillens auch nicht entwertet und wirkungslos gemacht wird durch das Vorrecht anderer. Jedermann ist an der Souveränität des Volkes zu gleichen Teilen mitberechtigigt. Damit ist nicht gesagt, daß jeder von diesem, seinem gleichen Rechtsanteil den gleich vorteilhaften, gleich geschickten Gebrauch macht oder auch nur machen kann; es ist also auch nicht damit gesagt, daß der tatsächliche Anteil, den der Bürger an der Bildung des Staatswillens nimmt, nicht größer sein dürfte, als der des Bürgers B.

Vielmehr gewinnt der einzelne in dem Maße stärkeren Einfluß auf die Geschäfte des Staates, je besser es ihm gelingt, sich das Vertrauen seiner Mitbürger zu gewinnen, um sie von der Nützlichkeit seiner Auffassungen, Pläne und Absichten zu überzeugen. So bildet sich aus der Demokratie eine neue Aristokratie, eine Herrschaft der Besten, die das, was sie sein will, nicht mehr bloß dem Worte, sondern dem Wesen nach ist. Es ist das Ideal der Demokratie, daß ein tüchtiges Volk die Tüchtigsten aus seiner Mitte beruft, um seine Geschäfte zu führen. Von der Aristokratie der Geburt unterscheidet sich eine solche politische des Geistes dadurch, daß sie kein System neuer Bevorrechtungen, keine oligarchische Staatsform bildet, sondern vielmehr auf dem Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung beruht und die demokratische Staatsform keineswegs aufhebt, sondern im Gegenteil erst recht ausführt.

So wenig wie ein einzelner, wird niemals ein Volk darauf verzichten können, vor der Fällung wichtiger Entscheidungen die Klugheit und Erfahrungen von Ratgebern zu Hilfe zu rufen. So wenig wie ein anderer Souverän kann das souveräne Volk auf die Arbeit sparende Methode der Beauftragung aus persönlichem Vertrauen verzichten, die überall dort zur Anwendung gelangt, wo die Entwicklung spezieller Kenntnisse und Fähigkeiten zur Lösung bestimmter Aufgaben notwendig ist. Die Vervollkommnung der Demokratie erfolgt also dadurch, daß sich das Volk selbst, daher jeder einzelne von ihm, zu immer höheren Stufen politischer Einsicht und Tüchtigkeit erhebt, so daß die Fähigkeit des Ganzen gesteigert wird, sich für die zweckmäßigen Maßnahmen und die besten Ratgeber sicher zu entscheiden. Wo Demokratie erst allmählich aus monarchischen Staatsformen entspringt, und die politische Bildung dementsprechend zurückgeblieben ist, werden die Forderungen der Demokratie vielfach mit Argumenten bekämpft, die erkennen lassen, daß denjenigen, die sie gebrauchen, ein Begriff von Politik überhaupt fehlt. Vor ungeschulten und ungebildeten Massen, denen die ersten Anfänge politischen Verständnisses noch fremd sind, ist die demokratische Staatsform gegenüber der monarchischen oder oligarchischen auch durch die vollkommene Oeffentlichkeit im Nachteil, die einen Grundzug ihres Wesens bildet. In allen undemokratisch organisierten Staaten sind die herrschenden durch weite Entfernung von den Massen geschieden; sie erscheinen ihnen bloß gleichsam aus einer Wolke heraus unter der Wahrung bestimmter, auf das naive Empfinden stark wirkender zeremonieller Formen und bleiben auf diese Weise stets der Gegenstand mehr oder minder abergläubischer Vorstellungen. Wohingegen der wirkende Politiker in der Demokratie als Bürger unter Bürgern lebend, nicht bloß in seiner öffentlichen Tätigkeit stets den Pfeilen der Kritik ausgesetzt ist, sondern sogar mit seiner ganzen Persönlichkeit strenger und parteiischer Prüfung standhalten muß. Das Volk empfindet Schauer der Ehrfurcht vor dem Glanz der Uniform, dem Prunk der Staatskarosse, dem Steifen höfischer Empfänge, und bemerkt nicht dabei die menschlichen Schwächen, die sich hinter dem schillernden Vorhang bergen; desto schonungsloser aber fällt es über den aus seiner Mitte her, der es befehlen will und sich besser, gebildeter dünkt als es. Ein Beispiel für dieses sind die heutigen Verhältnisse. Der arbeitende Mann aus dem Volke, dem es an politischen Privilegien und höfischen Beziehungen fehlt, um seiner Stimme im Staatsleben Gehör zu schaffen, muß sich darüber klar sein, daß er zunächst und vor allem demokratisch denken muß, wenn er auf Interesse und Beteiligung am politischen Leben nicht überhaupt Verzicht leisten will. Auf die politische Betätigung verzichten, heißt aber für den Arbeiter, auf seine Menschenwürde und seine Zukunft verzichten. Darum sind alle modernen Arbeiterbewegungen auf die Erhaltung oder die Erämpfung der demokratischen Staatsform angewiesen. Arbeiterpolitik muß vor allem und unter allen Umständen demokratische Politik sein. Man beweise, daß der gewöhnliche Mann aus dem Volke

überhaupt keine Politik zu treiben braucht, daß er sich vollständig auf die regierende Güte und Weisheit der Bourgeoisie verlassen darf, und man wird damit den Satz widerlegt haben, daß dieser gewöhnliche Mann, der nicht zu den Privilegierten gehört und kein Schmaroger der Privilegierten ist, vernünftigerweise Demokrat sein muß. Aber wenn politische Parteien, die nicht auf dem Boden demokratischer Grundsätze stehen, den Mann aus dem Volke auffordern, Politik zu treiben und seine Stimme zu geben, so fordern sie ihn auf, politisch tätig zu sein, um seine politische Tätigkeit unmöglich zu machen, also etwas offenbar Widersinniges zu tun. Wenn wir von Demokratie schlechthin reden, so meinen wir damit die moderne Demokratie. Diese ruht auf dem Grundsatz der allgemeinen persönlichen Freiheit, auf dem Boden der Menschenrechte. Heute ist das notwendiger denn je Geschulte und selbstbewusste Arbeiter dürfen keinen anderen Standpunkt haben.

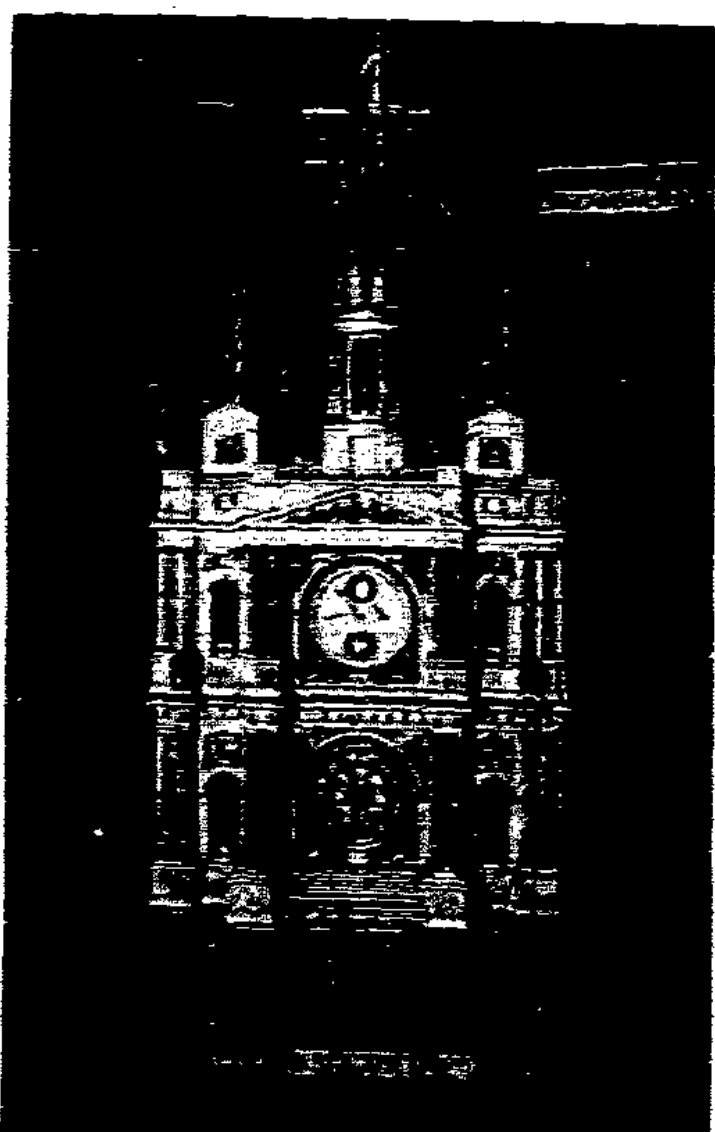
Erwerbslosenschulung und Gewerkschaften

Am 27. November fand in Berlin eine vom Vorstand des AOB. einberufene Konferenz statt, die sich mit den Fragen der gewerkschaftlichen Bildungs- und Jugendarbeit beschäftigte. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine gründliche Erörterung des Problems der besonderen Erwerbslosenveranstaltungen, zu denen Vertreter der verschiedensten Berufs- und Bezirksverbände der Gewerkschaften auf Grund ihrer in der Praxis gewonnenen Erfahrungen Stellung nahmen. Bei Anerkennung der Notwendigkeit beruflicher Schulungsmaßnahmen wurde aber auch betont, daß bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage der Hauptwert der berufsbildenden Veranstaltungen darin läge, daß sie Ansporn für die ganze Erfassung der Erwerbslosen seien. Daraus erklären sich gewisse Schwierigkeiten in der Haltung der Erwerbslosen zu den Lehrgängen der Arbeitsämter; kommen doch zuweilen Erwerbslose zu der Annahme, das Arbeitsamt treffe gewisse Lehrgänge nur, um Ersparnisse durch den Unterstützungsentzug der von den Lehrgängen fernbleibenden Unterstützungsempfänger zu machen. In manchen Bezirken erfolgt die Uebertragung der Erwerbslosenschulung in hohem Maße an die Berufsschule, während die von Gewerkschaften vorgesehenen Kurse von den Arbeitsämtern nicht anerkannt werden. Hierdurch wird der Eindruck hervorgerufen, die Erwerbslosenveranstaltungen dienten in erster Linie dazu, den stellunglosen Gewerbelehren Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Angenügende finanzielle Förderung wird für solche beruflichen Lehrgänge gewährt, die von den Wohnorten der Teilnehmer entfernt, in geeigneten Heimstätten stattfinden, da in den Heimorten infolge der geringen Einwohnerzahl Kurse nicht veranstaltet werden können. Für diese notwendigen Maßnahmen werden die Arbeitsämter mehr Mittel als bisher aufwenden müssen. Im allgemeinen ging die Ansicht dahin, daß Veranstaltungen, die im Namen einer Behörde getroffen werden, weniger Anklang finden, als die von freien Organisationen, wie es die Gewerkschaften sind.

Die von allen verantwortlichen Stellen gewünschte Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete der Erwerbslosenveranstaltungen leidet bisher darunter, daß für die nicht unmittelbar der Berufsausbildung dienenden Maßnahmen öffentliche Unterstützung nahezu gar nicht erhältlich ist. Wohl hat der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß vom 15. Oktober dieses Jahres erwähnt, daß der Reichsinnenminister beim Reichskabinett den Betrag von einer Million Reichsmark zur Betreuung der Erwerbslosen angefordert habe, doch ist bisher nichts erzielt worden. Die nachstehende Entschließung wurde einstimmig gefaßt und ist den Reichs- und Landesbehörden zugestellt. Die Gewerkschaften werden weiter wie bisher alles, was in ihren Kräften steht, tun, um den Erwerbslosen in ihrer schweren Lage zu helfen!

Eine Uhr / vollständig aus Holz

In rund 30jähriger unermüdlicher Arbeit hat unser Kollege Gustav Drenkhahn aus Sildesheim eine



2 Meter hohe Uhr angefertigt, die vollständig aus Holz besteht. Auch im Uhrwerk befindet sich außer einigen Geväuschen kein einziges Stück Metall. Die Uhr zeigt nicht nur die Stunden an, sondern auch die einzelnen Tage, den

Stand des Mondes, des Erdballes usw. Der äußere Aufbau ist ein Kunstwerk für sich. Er zeigt keine Ornamente, sondern ist überreich mit Figuren aus der biblischen Geschichte geschmückt. So kommen auf den zwölfsten Glockenschlag auch die zwölf Apostel zum Vorschein.

Die ganze Arbeit ist ein Meisterwerk erster Klasse. Der Erbauer hat das Werk in drei Jahrzehnten in stiller Arbeit nach eigenen Entwürfen, ohne jede andere Hilfe, in seiner freien Zeit angefertigt. Er übergibt es jetzt der Oeffentlichkeit. Unser Bild zeigt das Kunstwerk.

Von einem Stadtbummel

Vor mir laufen zwei Jungen her. Vielleicht sieben Jahre alt. Jetzt sind wir am Bahnübergang; die Schranke ist geschlossen, und wir müssen warten. Es entspinnt sich nun zwischen den beiden folgendes Gespräch:

„Du, Goge, weest du schon, daß de Gietertzeche jez ooch Schpeisewaachen dobei ham?“

„Quatsch nich, du denkst woll, du kannst mich veräppeln?“

„Na, Mensch, gloobs doch, das is Tatsache, de Gietertzeche ham jez Schpeisewaachen mit dobei.“

„Du, ich sach versch, halt de Fresse, sonst latsch 'ch dr eene.“

Endlich rollt der Zug heran, ein Güterzug. Ich bin gespannt auf die Fortführung des Gespräches.

„Du, Goge, kannst du lösen?“

„Na, klar, Mensch.“

„Na, da läse mal, was an verschiednen Waachen dran steht. Hier, guck, da, na, hast's gefahn? Dort schtand ganz deilich dran: Eßen.“

Ich gehe weiter und komme an einem Bäckerladen vorbei. Im Schaufenster liegt neben einigen Broten ein einziges Mohnhörnchen; das ist die ganze zur Schau gestellte Herrlichkeit. Am Schaufenster steht ein kleiner Knirps und brückt sich an der Scheibe die Nase platt. Es ist ihm anzusehen, daß er das Hörnchen zu gerne haben möchte; denn er verwendet keinen Blick von diesem. Ich spreche ihn an.

„Na, Jungchen, was gefällt dir denn da so in dem Schaufenster?“

Er mustert mich von oben bis unten, eine ganze Weile. Antwort bekomme ich keine.

„Na, da sag' mir's doch, was dir so gefällt. Vielleicht das Mohnhörnchen?“

„hm“ ist seine ganze Antwort.

„Na, und warum kauft du dir's nicht? Es kostet doch bloß 5 Pfennig.“

„Kein Geld.“

„Nun, und was meinst du, wenn wir uns die Arbeit teilen? Wenn ich das Hörnchen bezahle, und du würdest es aufessen?“

Er denkt lange angestrengt nach, dann sagt er:

„Na ja, so könnt's gehn.“

Und so haben wir's auch gemacht, und hatten beide unsern Spaß dran. — — —

Kurz bevor ich zu Hause angelangt bin, stehen an einer Ecke zwei Männer und unterhalten sich. Ich höre was wie „Bonzen“, „Gehalt“ usw. Uha, dent ich, wirst mal ein bißchen zuhören, und stoppe mir umständlich meine Pfeife.

Das Gespräch der beiden dreht sich um die Gewerkschaften und den Lohnabbau.

„Und ich sag' dir, Johann, an allem Eend sin bloß de Bonzen schuld. Die hätten den Lohnabbau eben nich dürfen mitmachen. Die hätten den nicht dürfen zulassen. Aber bei den stimm'ts eben, und wir können ja hungern.“

Da geht ein Junge, der bisher nicht weit von mir gestanden hat und auch alles mit angehört hat, auf den Sprecher zu, tippt ihn in die Seite und sagt:

„Sie, in welchem Verband sin Sie denn organisiert?“

„In gar keinem, du Laufejunge.“

„Na, denn halten Se gefälligst de Fresse und quasseln Se nich von Sachen, die Se nich verstehn.“

Und weg war er, um die nächste Straßenecke verschwunden. Kinder finden meist die treffendsten Antworten.

Für das nun folgende Gespräch der beiden über die heutige Jugend“ hatte ich kein Interesse; meine Pfeife brannte, also ging ich nach Hause.

„Die erzwungene Beschäftigungslosigkeit, vor allem ihre lange Dauer, läßt bei der großen Masse der Erwerbslosen neben der materiellen Not die Gefahr einer geistigen und seelischen Verödung entstehen. Insbesondere sind Hunderttausende von jungen Menschen schweren Gefahren für die geistige und körperliche Entwicklung ausgesetzt. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung haben infolgedessen mehr als nur arbeitsmarktpolitische Bedeutung.“

Solange den Arbeitslosen keine Arbeitsmöglichkeiten geboten werden können, müssen neben der materiellen Fürsorge auch Maßnahmen auf kulturellem Gebiet getroffen werden. Insbesondere ist der Jugend die Möglichkeit zur Erhaltung ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte sowie zur Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu bieten. Die Durchführung dieser Maßnahmen muß im Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen mit den beteiligten öffentlichen Stellen erfolgen. Die Gewerkschaften als berufliche Zusammenfassung der Arbeitnehmer sind als Träger von Veranstaltungen für die Arbeitslosen, gleichviel welcher Art sie sind, besonders berufen.

Die auf beruflichem Gebiete getroffenen Bildungsmaßnahmen — die produktive Beschäftigung hat bei diesen den Hauptwert — werden aus öffentlichen Mitteln in einer nach den gegenwärtigen Umständen erträglichen Weise gefördert. Für Veranstaltungen allgemeiner Art oder jugendpflegerischer Art ist jedoch in völlig unzulänglichem Umfang gesorgt. Von Reich, Ländern und Gemeinden muß gefordert werden, daß sie trotz ihrer schwierigen Finanzlage ausreichende Mittel für die kulturelle Betreuung der Erwerbslosen zur Verfügung stellen, wobei das Reich mit gutem Beispiel vorangehen muß. Wird die kulturelle Betreuung vernachlässigt, so entsteht die Gefahr, daß auch die berufsbildenden Veranstaltungen erheblich an Wert einbüßen, da die Erfahrungen lehren, daß die Erwerbslosenveranstaltungen vornehmlich dann ihren Zweck erfüllen, wenn in ihnen berufliche Bildung und Betätigung mit Allgemeinbildung, Leibesübungen und dergleichen in engste Verbindung gebracht sind.“

Von der „Kaiserlichen Botschaft“ 1881 bis zu den Notverordnungen

Auf- und Abstieg der Sozialversicherung

Vor 50 Jahren, am 17. November 1881, eröffnete Kaiser Wilhelm I. den kurz vorher gewählten Reichstag mit einer Botschaft, in der er unter anderem sagte: „Schon im Februar, als die Reichsleitung dem vorigen Reichstage einen Entwurf einer Unfallversicherung für die Arbeiter unterbreitete, hatte er aussprechen lassen, daß die Beseitigung der sozialen Schäden nicht allein „im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen“, das heißt durch das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten und durch die darauf gestützte gewaltsame Unterdrückung jeder freien Arbeiterbewegung, möglich ist. Sondern notwendig sei auch „die positive Förderung des Wohles der Arbeiter“. Diese Aufgabe legte er dem Reichstag von neuem ans Herz, damit er der einst „dem Vaterlande neue und dauernde Botschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, hinterlasse“. Dann kündigte er einen neubearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter an. Ergänzend werde „ihm eine Vorlage zur Seite treten, die sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, die durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge“. Die Gesetzgebung müsse auch diese schwierige Aufgabe lösen.

So die Kaiserliche Botschaft vor 50 Jahren. Die Erinnerung an sie und ihre Folgen benutzen unsere Gegner, um daran, je nach ihren Parteiforderungen, Belehrungen und Mahnungen zu knüpfen. Auch für uns verlohnt es sich gerade jetzt, etwas näher auf den Werdegang und die Entwicklung der Sozialversicherung einzugehen.

Der Kaiserlichen Botschaft folgte im Laufe der Zeit die Verabschiedung und Durchführung zunächst der Kranken-, Unfall- und Alters- und Invalidenversicherung. Später kam die Angestelltenversicherung hinzu, nach dem Kriege die einheitliche Regelung der Knappschaftsversicherung und schließlich die Arbeitslosenversicherung. Die gesamte Arbeiter- und Angestelltenversicherung des Reiches umfaßt jetzt viele Millionen Versicherte, und ihre Ausgaben belaufen sich im Jahre 1930 auf mehr als 6 Milliarden Mark. Fürwahr eine gewaltige Leistung!

Die freien Gewerkschaften haben sich dann auch seit jeher um die Ausgestaltung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung bemüht. Das geschah schon lange vor der Kaiserlichen Botschaft. Ueberhaupt hatte sich die gesamte Öffentlichkeit seit Jahrzehnten mit der Frage beschäftigt, wie die Gesetzgebung die große Not der arbeitsunfähigen Arbeiter mindern könne. Sicher hatte Bismarck, der damalige maßgebende Minister, noch die Vorgänge in dem Notjahre 1848 im Gedächtnis. Auch damals war in allen Kreisen viel die Rede gewesen von der Not der Arbeiter und der notwendigen Mittel zu deren Behebung. Die Gesetzgebung aber versagte so gut wie ganz. Dies habe, so meinten die Anhänger der „guten, alten Zeit“, dazu beigetragen, daß in den Wirren des Jahres 1848 die Arbeiter nicht für, sondern gegen die vormärzliche „Ordnung“, eingriffen, obgleich es die königliche Regierung wahrlich nicht an Unterdrückungsmaßnahmen hat fehlen lassen. Daher forderten seitdem selbst

„Gutgesinnte“ immer eifriger, daß die Gesetzgebung auch für die Arbeiter etwas tue. Hilfsvereine für Arbeiter waren zwar vorhanden. Aber sie erwiesen sich in jeder Beziehung als ungenügend. Die Gesetzgebung mußte ihre Leistungen auf alle notleidenden Arbeiter erstrecken. Sie mußte die Arbeiter verpflichten, ihrer Hilfskasse beizutreten und einen bestimmten Beitrag zu zahlen. Auch den Betriebsunternehmern mußte sie einen Anteil an den Ausgaben der Unterstützung ihrer Arbeiter auferlegen. Bismarck erkannte die Forderungen als um so berechtigter an, je mehr die freie Arbeiterbewegung erstarbte.

Inzwischen hatten sich besonders die Verhältnisse in dem Armenunterstützungswesen der Gemeinden verschlechtert. Die Gemeinden konnten nicht die vielen notleidenden Arbeiter ganz hilflos lassen. Die sich daraus ergebenden Belastungen wurden immer größer. Viele Gemeinden konnten sie nicht mehr lange tragen.

Ihnen wollte Bismarck ebenfalls durch die Arbeiterversicherung helfen. Diese sollte ja die Unterstützung der notleidenden Arbeiter im allgemeinen abnehmen und einen beträchtlichen Teil der Kosten von den Arbeitgebern decken lassen. Dem stimmte der Reichstag in der Tat zu. Die Versicherten hielten ferner als Ausgleich der neuen Belastung einen Rechtsanspruch auf die im Gesetz bestimmten Leistungen aus der Versicherung. Damit fiel die Prüfung weg, ob und inwieweit der notleidende Arbeiter unterstützungsbedürftig sei. Dagegen waren die Leistungen der Versicherung völlig ungenügend, oft genug sogar noch niedriger als die Armenunterstützung. Die Selbstverwaltung der Versicherten war aufs äußerste eingeeignet, ganz rechtslos waren die Arbeiter in bezug auf die Leistung der Unfallversicherung. Die Bismarcksche Arbeiterversicherung war eine besondere Art der Armenunterstützung mit vielen ihrer schlimmsten Mängel. Der Vorzug dieser Versicherung vor der Armenunterstützung bestand nur in dem Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen und darin, daß ihre Hilfeleistung an die Versicherten nicht den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte zur Folge hatte, wie es damals bei der Armenunterstützung der Fall war.

Ganz anders war das, was die Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung erstrebten. Sie wollten keine Almosen, keinen Beistand für die Arbeiter, sondern das gute Recht aus der gemeinsamen Arbeit. Wer arbeiten kann, soll arbeiten. Er muß aber auch soviel verdienen, daß er damit sich und seine Familie angemessen ernähren kann. Und das auch in der Zeit seiner Arbeitsunfähigkeit.

Die Versicherungsbeiträge sind in Wahrheit ein Teil des Arbeitslohnes. Nur zahlt ihn der Betriebsunternehmer nicht an den Arbeiter selbst aus. Er entrichtet ihn für die Arbeiter an die Versicherung, damit diese dem Arbeiter, wenn er arbeitsunfähig ist, die Mittel zu seinem Lebensunterhalt liefert. Daraus ergibt sich das Wesen einer wirklichen Sozialversicherung. Es enthält nicht nur Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen und die Selbstverwaltung der Versicherten, sondern auch die Sicherung solcher Leistungen, die zu einer angemessenen Lebenshaltung des Versicherten ausreichen.

Den Kampf für diese Forderungen nahmen die freien Gewerkschaften sofort auf und erreichten allmählich manche Verbesserung. Nach dem politischen Umsturz gelang es ihnen mit Hilfe der sozialdemokratischen Parlamentsstätigkeit in der Gesetzgebung die Arbeiterversicherung ihrem eigentlichen Wesen immer mehr anzupassen — bis der wirtschaftliche Zusammenbruch der letzten Zeit auch hier eine verhängnisvolle Wendung brachte. Seitdem folgt eine Verschlechterung auf die andere. Dabei war selbst in der besten Zeit die Arbeiterversicherung nicht über das Notwendigste hinausgegangen. Im Gegenteil, sie blieb vielfach dahinter zurück. Ebenso wenig ist der Trost der derzeitigen Regierung berechtigt, daß der Kern der Versicherung erhalten bleibe. Das trifft schon jetzt nicht mehr zu. Und die Arbeitgeberverbände und ihre Gewerkschaft wollen die Arbeiterversicherung ganz zur Armenunterstützung herabdrücken. Der einzige Unterschied soll sein, daß für diese Art der Armenunterstützung die Arbeiter besondere Beiträge zahlen müssen. Aber auch die Armenunterstützung ist nicht mehr auf der früheren Höhe zu halten. So geht es hier und dort immer weiter herab. Die Kaufkraft der Arbeiter sinkt immer tiefer, und um so mehr verschlimmert sich der wirtschaftliche Niedergang.

Erst dann, wenn wir die Wirtschaft auf die Bahn zur Stärkung der Kaufkraft gebracht haben, ist das Ende der jetzigen unerträglichen Entwicklung abzusehen. Dann wird es von neuem die Aufgabe der freien Gewerkschaften sein, wie überall, so auch in der Arbeiterversicherung den notwendigen Umbau durchzuführen.

Gustav Hoch.

Aus dem Verbandsleben

Flensburg. Am Dienstag, dem 10. November, wurde im Gewerkschaftshaus die Mitgliederversammlung unserer Filiale abgehalten. Nach dem Verlesen des Protokolls gab der Kassierer, Kollege Redweik, die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt, die in Einnahme und Ausgabe mit 1494,40 M. balanciert und mit einem Kasseebestand von 468,89 M. abschließt.

Der Vorsitzende, Kollege Mome, gab den Kartellbericht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Darauf begrüßte der Vorsitzende den neuen Bezirksleiter, Kollegen Hermann Schmidt, indem er in ehrenreichen Worten und mit Dank der geleisteten Arbeit des bisherigen Bezirksleiters, Kollegen Emil Buch, gedachte. Darauf behandelte Kollege Schmidt das Thema: „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Er erklärte in interessanten Ausführungen die Ursachen und katastrophalen Wirkungen der Wirtschaftskrise und die sich daraus für die Gewerkschaften ergebenden großen Belastungen. Am schlimmsten leide mit dem Malergewerbe, insbesondere

unsere Kollegen, da nur noch wenige Arbeit hätten. Sein Vortrag klang aus in der Mahnung, mehr denn je treu zum Verband zu halten und unserer Organisation neue Mitglieder zuzuführen. Noch ständen viele Kollegen dem Verbandsfern; sie müßten für die Organisation gewonnen werden, wenn die Anschläge der Gegner abgewehrt und neue Vorteile erreicht werden sollen. Nicht der Profit, sondern der Mensch müsse Mittelpunkt der Wirtschaft sein. Die Arbeiterschaft müsse das Recht erhalten, in den wirtschaftlichen Fragen mitzubestimmen. Die Kollegen zeigten ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Kollegen Schmidt durch reichen Beifall.

Dann wurde das Urteil gegen den Malermeister Frank wegen zu wenig gezahlten Lohnes von 55,60 M., die dem Ortsarbeitsamt für verfallen erklärt seien, bekanntgegeben.

Kollege Simonson wies noch auf den Fachkursus in Raumkunst und Schrift in der Berufsschule hin, an dem sich unsere Kollegen noch stärker als bisher beteiligen müßten. — Der Abend wurde abgeschlossen mit der Durchführung eines Bildstreifens über Städtebilder, die Kollege Schmidt zeigte und allgemein großes Interesse fanden.

Mag Simonson.

Rönigsberg. Am Sonnabend, 14. November, konnte die Filiale Rönigsberg wieder zwei Kollegen für ihre 25jährige Verbandszugehörigkeit das Diplom des Verbandes überreichen. Anlässlich der Bezirkskonferenz des AOB für Ostpreußen war Kollege Gai in Rönigsberg anwesend und überreichte den Kollegen Fritz Stein und Paul Siege im Auftrage des Hauptvorstandes das Verbandsdiplom. Nach kurzen Begrüßungsworten des Geschäftsführers der Filiale, Kollegen Schwarz, ging Kollege Hain auf den Werdegang der Filiale Rönigsberg und auf die Ziele der Organisation im ganzen mit kurzen Worten ein. Er schilderte, unter welchen schwierigen Verhältnissen der Aufbau des Verbandes vor sich gegangen ist, und stellte die alten Kollegen den jüngeren als Vorbild hin.

Einige artistische sowie humoristische Darbietungen dienten nach der Ueberreichung des Diploms zur Unterhaltung der Erschienenen. Im Anschluß hieran blieben die Teilnehmer noch einige Stunden gemächlich zusammen.

Auch dieser Abend hat wieder gezeigt, daß ein guter Geist in der Filiale herrscht. Wir hoffen, daß trotz der ersten Zeit die Filiale das ihr gesteckte Ziel im Interesse der gesamten Kollegenschaft erreicht.

Es folgt ein poetischer Erguß unseres Filialdichters auf die beiden Jubilare.

Dem hundertwichtigsten Jubiläum

adressiert an Siegens Paul und Alfsteins Frös.

Fieuntwientig Joahr sönd tiebe, doa passört so allerhand,
Zwei Kolleges kriege sönd ein Diplom von döm Verband.
Wi Kolleges, wi erhäwe ons begeistert vonnem Stohl,
Paul on Frös, de sulle läwe; jeder dankt denn opp ähr.
Siegens Paul, hoch süllst Du läwe, Du häst ön däm
Moalerstand
mödt däm Alfsteins Frös doanäwe, frei gebeent stets däm
Verband.

Beide stoahne of noch hiede säst un trei opp ähren Stand;
keiner hätt ön schwäre Tiede seig verloate däm Verband,
Blubbre un of väl tratähle done alle beide nich,
als ein Beispiel feer so väle, is dat gaanz sächerlich.
Stöhl un gnietsch de beide läwe, schabbre done se nich off,
wenn se enem Donnst moal gäwe, denn vergeht däm of
so wie de Lofft!

Mätre done väle hiede im Verband, so wie de Schoap,
blos dat hätt nusch to bebede, bräfle dat kann jeder Dap.
Rid däm Paul und Frös die hiede moal am Jubiläum an,
Fieuntwientig Joahr sönd tiebe, wo man watt erläwe
kann.

Start un groot sönd alle beide, um se stoahne ähren Mann,
un von Freud un of von Leide jeder wat vertelle kann.
Storm, Gewitter, diestre Nächte, Sonnenschien un Frieht-
lingsloff,

beide sönd bekannt de Mächte, denn dat Läwe wäcksält oft.
Dat se oft väl tiebe motte, is de Moalerhätte schuld,
dat se sid doa dob rabotte, dräge beide mött Gebuld!
Wenn se anne Darbeit goahne, stränggt sik keiner doabei an,
so is dat of to verstoahne, dat man neibisch ware kann!
Deck heer opp mött dem Gequassel, häft kein Hoot, denn
riet de Mös,

runder von däm Moalerbassel! Siegens Paul un Alf-
steins Frös,
dreimoal hoch! Lang sull se läwe, of dat Banner vom
Verband,
wo twei säst de Hand sid gäwe, dreimoal hoch de Moaler-
stand!
Gustav Sdel.

Wiesbaden. Die Filiale Wiesbaden und Umgebung hielt am Sonntag, 15. November, im großen Saale des Volkshauses eine Familienfeier zu Ehren der Jubilare, die 25 Jahre ununterbrochen der Organisation angehören, ab.

Als Einleitung hielt der Geschäftsführer, Kollege Schmalte, eine Festrede, in der er kurz die wesentlichsten Begebenheiten seit Gründung der Filiale hervorhob. Ganz besonders schilderte er die schweren Kämpfe, die durchgeföhrt wurden, und die ein festes Bindglied zwischen den Kollegen und der Organisation darstellten.

Es waren 18 Kollegen, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserm Verbands zurückblicken konnten, dem Verband stets die Treue hielten — mit uns gingen Schulter an Schulter in guten und schlechten Zeiten. Als Zeichen der dankbaren Anerkennung überreichte ihnen der Vorsitzende der Filiale Wiesbaden, Kollege Jesfädt, im Auftrage des Verbandsvorstandes ihre Ehrenurkunden.

Der Arbeiter-Radio-Bund sorgte für frohe und ernste Musik. Infolge der großen Arbeitslosigkeit war der Besuch der Feier leider nur mäßig. Trotzdem herrschte Freude und Einigkeit in dem kleinen Kreise.

Es wäre zu wünschen, daß in Zukunft sich auch die jüngeren Kollegen mehr an unsern Veranstaltungen beteiligen würden.

Am Mittwoch, 18. November (Fest- und Betttag), hielten wir unsere Vertreterversammlung für das 3. Quartal 1931 ab. 37 Delegierte vertraten 1246 Mitglieder. Nicht vertreten waren 10 Zahlstellen mit je einem Delegierten, die insgesamt 67 Mitglieder zu vertreten hatten. Als 1. Punkt der Tagesordnung wurde der Kassen- und Geschäftsbericht für das 3. Quartal 1931 erledigt.

Der Geschäftsführer, Kollege Schmalte, berichtete von den Verschlechterungen, die das 3. Quartal der deutschen Arbeiterschaft brachte. Die gegebenen Verhältnisse böten den günstigsten Boden, auf dem das Unternehmertum seinen diktatorischen Vormarsch vollziehen kann. Die Forderung der Arbeitgeber, Lohn- und Gehaltsabbau, werde immer lauter und dringender. Für Dinge, die auf das Konto des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu setzen sind, wolle man die Gewerkschaften verantwortlich machen. Die wichtigste Frage: „Arbeitsbeschaffung“ stehe noch immer an erster Stelle zur Diskussion. Aber auch noch immer bestehe Uneinigkeit darüber, wie diese Frage gelöst, das heißt praktisch: wie die heutige Wirtschaftskrise und damit die Arbeitslosigkeit überwunden werden könne.

Infolge des hartnäckigen Widerstandes der Arbeitgebervertreter sei es in dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt für W.M.B. zum Bruch gekommen. Unsere Vertreter hätten auf weitere Verhandlungen verzichtet, da die in Aussicht gestellten weitere Verschlechterungen erwarten ließen. Beauftragte des Bundesvorstandes seien einen kürzeren Weg gegangen und hätten erreicht, daß für die Saisonarbeiter die volle Unterstützung gezahlt wird, in der Zeit, in der von einer berufsmäßigen Arbeitslosigkeit nicht die Rede sein kann. Die Jugendlichen unter 21 Jahren erhielten nur dann keine Unterstützung, wenn ihnen der Unterhalt anderweitig tatsächlich gesichert sei.

Mit einer Belebung des Baumarktes könne in nächster Zeit nicht gerechnet werden, da keine Mittel vorhanden seien. Die Zahl der Betriebsstillegungen steigere sich von Tag zu Tag, ebenso die Kurzarbeit. Handel und Verkehr seien stillgelegt, flüssige Gelder keine vorhanden. Die große Masse der Bevölkerung stehe vor einem Nichts. Die Erwerbslosigkeit habe den Stand vom Winter 1923/24 erreicht. 80 % unserer Kollegen seien arbeitslos.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Der Gewerkschaftskongress und die Aufgaben des Verbandes“ referierte unser Bezirksleiter Kollege Josef Aulich. Er führte aus, daß die Kongresse der deutschen freien Gewerkschaften mehr und mehr in der Deffektivität Beachtung gefunden hätten. Der 14. Kongress in Frankfurt a. M. hätte schwere und ernste Arbeit in schweren Schicksalsstunden zu leisten gehabt. Die Begrüßungsansprache des Reichsarbeitsministers hätte weit größere Bedeutung gehabt, als die sonst üblichen. Weiter führte Kollege Aulich aus, daß es Pflicht jedes deutschen Volksgenossen sei, den Arbeitslosen über den Winter hinwegzuhelfen. In der Arbeit der Gewerkschaften müsse eine Mobilisierung gewaltiger Kräfte für Staat und Gesellschaft erblickt werden.

Die Angriffe der Unternehmer wären durch das Tarifsystem zum großen Teil abgewehrt worden. Wenn etwas preisgegeben werden mußte, so nur deshalb, um die Front halten zu können. Wäre eine tariflose Zeit gefolgt, so wäre das sehr schlimm für unsere Kollegenchaft gewesen, worüber sich wohl jeder Arbeiter klar sein dürfte.

Kollege Aulich behandelte noch unsere Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten, wie die gesamte Sozial- und Arbeitslosenversicherung, die Frauen- und Jugendarbeit, den Seimarbeiterchutz, das Wohnungsweesen, die Berufskrankheiten, die Arbeitslosenstatistik und das Bildungsweesen.

Die Tätigkeit der Filialverwaltung wurde von den anwesenden Delegierten entsprechend gewürdigt, und die vorliegenden Anträge fanden die Zustimmung der Vertreterversammlung.

Gewerkschaftliches

Der Verband des Friseur- und Haargewerbes gibt seine Selbstständigkeit auf.

Aus der „Gewerkschaft“, Organ des Gesamtverbandes, Nr. 48 vom 28. November 1931, entnehmen wir, daß der Friseurgehilfenverband am 1. Januar 1932 im Gesamtverband aufgeht. Dies ist verständlich, wenn man die großen Schwierigkeiten betrachtet, mit denen diese kleine Organisation — sie zählte selten über 4000 Mitglieder — von jeher zu kämpfen hatte. Das Kost- und Logisweesen, die große Lehrlingszahl, lange, auch sonntägliche Arbeit, das Kleinmeisterum in höchster Potenz, das waren mit die Gründe, warum die Organisation nur schwer vorwärts kam. Zur Zeit sind auch von ihren Mitgliedern sehr viele arbeitslos.

Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, wenn bei der vorgenommenen Abstimmung sich 95 % der an der Abstimmung Beteiligten für die Verschmelzung erklärten. Möge die Friseurgehilfenorganisation die 42jährige erfolgreiche Interessenvertretung ihrer Mitglieder im verfallenen Maße im Gesamtverband fortführen.

Genossenschaftliches

Ein mittelmäßiges Anteil über einen Arbeiterbetrieb.

Sehr laute Schreier gegen die „rote Wirtschaft“ sind die Vertreter des sogenannten Mittelstandes. Mit wenig Geschick und viel Demagogie glauben die Vertreter des Mittelstandes eine rabiate Kritik an der wirtschaftspolitischen Linie der Arbeiterbewegung die oft all-

zu auffällig hervorgetretene Unfähigkeit der eigenen Wirtschaftsführer zu verdecken. Zu unserer Freude können wir jetzt auch einmal eine objektive Kritik feststellen, die ausgeht von einer Behörde, die vorwiegend die Interessen des Mittelstandes vertritt. Die Zeitschrift „Das Württembergische Handwerk“, Organ der vier württembergischen Handwerkskammern, äußert sich in der Nummer 39 sehr anerkennend über das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen Volksfürsorge. Sie schreibt unter anderem:

Wenn trotzdem (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit usw. D. Red.) dieses Versicherungsinstitut der Arbeiterschaft seinen Bestand um fast 100 Millionen im Jahre 1930 vermehren konnte, so ist das ein Beweis für eine wirtschaftspolitische Schulung der Arbeiterschaft, an der sich der gewerbliche Mittelstand, der noch heute vielfach seine Kräfte mit Versicherungstechnik völlig unzulänglichen Unterklassen zerplittert, ein Beispiel nehmen kann.

An anderer Stelle: Für diese Gruppen (Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften. D. Red.), die also das Unternehmen reiflos in der Hand haben, ist wichtiger als die Aktionärsdividende die Frage, wie die Prämien der Versicherten vor Eintritt des Versicherungsfalles angelegt werden. (Von uns gesperrt. D. Red.)

Dieser freimütigen Anerkennung braucht wohl nichts hinzugefügt zu werden. Wir freuen uns besonders über die Offenheit, mit der in dem Organ festgestellt wird, daß bei der Volksfürsorge die Aktionärsdividende eine Frage untergeordneter Bedeutung ist und der Sicherheit des angelegten Kapitals und einer ergatten Geschäftsführung die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Wir fügen noch hinzu, daß bei der Volksfürsorge das Bestreben vorherrscht, auch die höchste Leistungsfähigkeit für die bei ihr Versicherten zu entwickeln.

Es wäre nun allerdings konsequent, wenn auch den anderen Unternehmungen und der wirtschaftspolitischen Bestrebungen der Arbeiterschaft die gleiche Anerkennung zugebilligt werden würde; denn sie unterscheiden sich in den von ihnen angewandten Prinzipien von der Volksfürsorge nicht im geringsten.

Sozialpolitisches

Arbeitslosigkeit und Volksgesundheit.

Die Ärztekammer für Berlin hat zu dem Thema „Wirtschaftskrise und Volksgesundheit“, über das demnächst verhandelt werden soll, eine Reihe von Leitsätzen aufgestellt. Darin wird unter anderem betont, daß die wirtschaftliche Not in Deutschland eine ernste Gefährdung der Volksgesundheit bedeutet. Wenn bisher eine wesentliche Zunahme der Sterblichkeit nicht eingetreten ist und umfangreiche Seuchen ausgeblieben sind, so ist dies in erster Linie den Fortschritten der medizinischen Wissenschaft und Hygiene sowie der Fürsorge auf allen Gebieten des Volkslebens zu verdanken. Als besonders wirksam haben sich Sozialversicherungen und Fürsorge für Erwerbslose erwiesen. Dagegen zeigt sich schon jetzt als Folge der Massenarbeitslosigkeit ein Hervortreten geistiger und nervöser Störungen. Diese bedingen außer einer schweren Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit eine gesteigerte Bereitschaft zu körperlichen Erkrankungen. Die wirtschaftlichen und seelischen Nöte der Eltern müssen sich in höchst bedenklicher Weise auf die Kinder übertragen, deren empfindlichere Konstitution allen Schäden in erhöhtem Maße und mit viel größerer Wirkung für die Zukunft ausgesetzt sind. Hiervon ausgehend wird in den Leitsätzen der Ärztekammer gefordert, daß von dem durch die finanzielle Lage veranlaßten Abbau nur entbehrliche Einrichtungen getroffen werden, daß dagegen die lebens- und gesundheitswichtigen Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge, der Jugendfürsorge und der Jugendpflege voll leistungsfähig erhalten werden. Es müsse alles daran gesetzt werden, daß vor allem die Krankenhilfe als Sachleistung der Krankenversicherung und die sonstigen Heilverfahren der übrigen Sozialversicherungen erhalten bleiben. Ferner wird eine ausreichende Ernährung der Erwerbslosen gefordert. — Durchaus beachtliche Feststellungen und Forderungen.

Sozialversicherung

Die Höhe der Invalidenrenten. Mehr denn je ertönt heute das Geschrei über die hohen Renten der Invalidenversicherung. In den Kreisen des indifferenten Bürgertums muß deshalb die Meinung Platz greifen, als ob die Renten der Invalidenversicherung wirklich hoch und auskömmlich sind. Es ist deshalb notwendig, immer wieder auf die wirkliche Höhe der Renten hinzuweisen.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen hat im Jahre 1930 insgesamt 24 496 Invalidenrenten, 14 647 Witwenrenten und 2632 Waisenrenten neu bewilligt. Die durchschnittliche Höhe dieser Renten stellt sich im Jahre bei Invalidenrenten auf 456,47 M., Witwenrenten 273,83 M., Waisenrenten 201,71 M.

Nicht mitgerechnet sind hier allerdings etwaige Kinderzuschüsse und Steigerungsbeträge aus der Angestelltenversicherung. Eine Invalidenrente beträgt nach diesen Zahlen im Monat die fürstliche Summe von 38,40 M., eine Witwenrente gar nur 22,78 M., während sich eine Waise mit 16,80 M. begnügen muß. Es ist hier noch zu berücksichtigen, daß es sich bei den Rentempfängern um invalide und erwerbsunfähige Leute handelt.

Magt angesichts dieser Zahlen noch jemand, über die „hohen“ Renten zu schimpfen? R1-3.

Sachliteratur

Illustrierter Maler-Kalender 1932. Verlag J. Neumann, Neudamm, Leipzig. Dieser praktische und bewährte Kalender erscheint nun, wiederum von Julius Wenzel bearbeitet, bereits im 52. Jahr. Er hat sich diesmal katastrophalen Lage des Malergewerbes anpassen und, den bisherigen Beziehern den Bezug zu ermöglichen, einschränken müssen: das Beibest ist weggelassen und notwendige sachliche Teil in den Hauptteil aufgenommen worden. Die praktische Aufmachung, von der im Wort gesprochen wird, können wir nur bestätigen. Die gilt auch für den Kalender- und Notizenteil im einzelnen. Praktische Hinweise konnten trotz der Einschränkung reichlich Aufnahme finden. Bemerkenswert sind in der reichhaltigen Inhalt noch die Tapetentabellen, das Verzeichnis der Fachschulen und einige gute Schriftvorlagen. Wichtig dürfte auch das Bezugsquellverzeichnis sein. Der Preis, der im Vorjahre 4 M. betrug, ist auf 3 M. gesenkt worden.

Literarisches

Ein neues Frauenbuch. Das lebhaft verlangte nach einem neuzeitlichen Frauenbuch, das sich besonders an linksorientierte Kreise richtet, hat auch die Büchergilde Gutenberg, Berlin, veranlaßt, sich nach einem wichtigen Teil dieser Kategorie umzusehen. Und sie hat einen guten Griff getan! Der jetzt in ihr erschienene Roman „Die Kunst“ von Elen Willinson, von Deutsche übertragen von Otto Wrozyk von Weiber, in 2 Bänden, Preis 3 M., ist ein der wenigen wichtigen Bücher, die dem Anspruch erheben können, die Bezeichnungen „neue Literatur“ und „Frauenbuch“ zu verdienen. Dieser Roman führt in die Welt der großen Gewerkschaften, aber auch in die Salons gepflegter und umworbener Damen der Gesellschaft, in den Konferenzsaal, wo die erboste Atmosphäre eines Generalstreiks erfüllt, aber auch in die armen Wohnstätten englischer Bergarbeiter, die diesen Kampf wirklich auszufechten haben. Wir haben es mit einem Buch zu tun, das mehr als ein persönliches Erlebnis wiederholt. Es enthält ein Stück Zeitgeschichte und es nimmt Stellung zu Problemen, die uns alle angehen. Besonders die Arbeiterinnen werden diesen Roman freudig begrüßen; spricht er doch aus, was sie bewegt.

Wetternen nach dem Glück. Die Revolution kann von Millionen unterbrochen werden, aber sie hat das Wort. Das neue Buch von Max Barthel ist geeignet, uns diese Tatsache abzuwehren zu lassen. Erzählungen nennt Max Barthel die großen Hauptkapitel seines Buches, das unter dem Titel „Wetternen nach dem Glück“ bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, (in 3 Bänden 3 M.) erschienen ist. Eine Erzählung in diesem Buch, „Wieso hat Weidner recht?“, Weidner ist einer von den Wurzeln, die im Zeitalter der Revolutionen um den ganzen Globus wandern und überall dort aufstehen, wo es noch Freiheit gibt. In Spanien, in Rußland, in Deutschland, überall, wo es soziale Erbden gibt, dort finden wir ihn. Einmal im Schluß des Buches tritt die in Weidner verkörperte Wölflin, die Autorin mit starker und überzeugender Deutlichkeit hervor: dies Weidner hat recht, weil nur der recht behält, der bestehen kann, daß die Geschichte mit ihm ist.

Die eindringliche Sprache, die Fülle der Ereignisse und Gestalten, die Heterität eines Menschen, der viel gesehen und viel erfahren hat, alles das zeichnet das neue Buch von Max Barthel aus.

Quelle: „Die Seelenverfassung der Jugendlichen“. Ein durchgearbeitetes und erweiterte Auflage. 59 Seiten. Deutscher Verlag für Jugendberufshilfe, Berlin, 14, Inselstraße 6a. Ladenpreis 1 M., Originalpreis 75 P. Als Material für Jugendleiter der Gewerkschaften ist insofern in zweiter, neubearbeiteter Auflage eine Schrift des Berliner Nervenarztes Dr. Ernst Saage über „Die Seelenverfassung der Jugendlichen“ erschienen, die Anspruch darauf erheben darf, weit über die Kreise des gewerkschaftlichen Jugendleiters hinaus ernste Beachtung zu finden. Man möchte wünschen, daß überhaupt jeder, der mit Jugendlichen zu tun hat, die von großer Sachkenntnis und tiefem Ernst getragenen Ausführungen des Arztes, Psychologen und Sozialisten, Saage, liest. Der Verfasser beschränkt sich nicht darauf, nur die Zusammenhänge zwischen der körperlichen und seelischen Stellung des heranwachsenden aufzuzeigen, er weist auch Wege, wie Eltern, Erzieher und Führer von Jugendgruppen die Entwicklung fördern können. Wenn auch die Schrift nicht für die Jugend selbst geschrieben ist, so wird es doch nur begrüßt werden können, wenn sie reiferen Jugendlichen in die Hand gegeben wird.

Die größte Verbraucherorganisation Deutschlands, die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, legt ihren Geschäftsbericht vor, die Zeit vom 1. Juli 1930 bis 30. Juni 1931 umfassend. Das Gesamtbild des Berichtes zeigt die Genossenschaft im Fortschritt — allen wirtschaftlichen Bedrängnissen zum Trotz, denn die Genossenschaft das in jaher Arbeit errungene Feld nicht nur zu behaupten, sondern, wenn auch in verlangsamtem Tempo, zu erweitern.

Bereinstell

Eingeladene Gelder im Monat November 1931

Eingeladene haben: Berlin 2000 M., Dären 48,50, Eß nach 40, Emmendingen 8, Frankfurt a. M. 1000, Freiburg 100, Fürstenwalde 150, Heidelberg 23, Herford 650, Siedelheim 500, Kaiserlautern 18, Karlsruhe 21, Köln 800, Konstanz 8, Lehr 5, Leipzig 1000, Löhrrach 20, Mannheim 80, Mörs 40, Neustadt 18, Pforzheim 18,40, Pirmasens 13, Rathenow 150, Singen 8, Tilsit 200, Weiden 30. L. Ringel, Kasserer.

Vom 6. Dez. bis 12. Dez. ist die 50. Beitragswoche. Vom 13. Dez. bis 19. Dez. ist die 51. Beitragswoche.

Sterbetafel

Frankfurt a. d. O. Am 8. Dezember starb nach langer Krankheit der Kollege Rudolf Glimmann im Alter von 38 Jahren an Rückenmarkentzündung. Hamburg. Am 3. Dezember starb unser treues Mitglied Ludwig Sachau im Alter von 67 Jahren.

Einundzwanzigjährig trat Kollege Sachau am 25. März 1885 unserm Verband in der damaligen Filiale Wandsbef bei. Mehr als 46 Jahre hat der Verstorbene seinem Verband die unbedingte Treue gehalten. Mit Kollegen Sachau ist das an Organisationsjahren älteste Mitglied unseres Verbandes von uns geschieden.

Nürnberg. Am 29. November starb unser Kollege Nikolaus Purz, geboren am 9. Mai 1857 in Erlabronn, an einem Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken!